

Protokoll der Veranstaltung

„Neue Facetten des Antisemitismus in Berlin, Teil 2“

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt im Dialog mit Betroffenen, Akteur/innen und Expert/innen aus Wissenschaft und Praxis

am 17. Juni 2014 im Alten Stadthaus

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Klosterstr.47, 10179 Berlin, Raum 2401

Teilnehmer/innen: 16 Gäste, 14 Personen aus der Berliner Senatsverwaltung, Moderator

Herr Staatssekretär Statzkowski begrüßt als Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt die Anwesenden zu der Veranstaltung und stellt das Ziel der Fortsetzung des Dialogs zum Thema „Antisemitismus“ vom 16. Dezember 2013 vor. Es soll an diesem Abend um die Bestandsaufnahme vorhandener Konzepte gegen Antisemitismus und um mögliche Handlungsbedarfe gehen. Er fasst noch einmal wichtige Schlussfolgerungen zusammen, die er aus der ersten Veranstaltung gezogen habe: Antisemitismus sei in allen Bezirken und in allen Bevölkerungsschichten zu finden. Antisemitische Haltungen und Verhaltensweisen seien nicht an bestimmte Gruppen, „Brennpunktbezirke“, Geschlecht oder Alter gebunden. Stereotype Denkmuster seien überall, auch in der so genannten „Mitte der Gesellschaft“, zu finden. Kritik an der Politik Israels werde häufig als Vorwand genutzt, diese antisemitischen stereotypischen Denkmuster zu legitimieren. Im Zentrum der Diskussion im Dezember hätten vor allem die Schulen gestanden, ihr Erziehungsauftrag und die besondere Herausforderung für alle Lehrkräfte, eine eindeutige Haltung zu präsentieren. Nach dieser kurzen Zusammenfassung übergibt er das Wort an den Moderator, Herrn Seidel.

Der Moderator, Herr Eberhard Seidel, begrüßt die Gäste und schlägt eine zeitliche Struktur für den Dialog vor, den er in zwei Blöcke gliedern möchte. Im ersten Teil soll eine kurze Vorstellungsrunde und Bestandsaufnahme durchgeführt werden, in der die Anwesenden die Merkmale und Konzepte ihres jeweiligen Arbeitsfeldes oder Projekts beschreiben. Dabei möchte er mit den Akteur/innen aus den NGOs und den Gemeinden beginnen, dann solle die Wissenschaft ihren Beitrag leisten und zuletzt die Verwaltung zu Wort kommen. Im zweiten Teil soll es um konkrete, präventive Maßnahmen und Handlungskonzepte gehen. Er gliedert die anwesenden Dialogteilnehmer/innen in drei Gruppen, nämlich Mitglieder von NGOs, Vertreter/innen von Wissenschaft und von den Senatsstellen. Er bittet darum, dass die NGOs den Dialog beginnen.

Herr Carl Chung (Mobiles Beratungszentrum Ostkreuz MBZ Stiftung SPI) gibt gleich zu bedenken, dass die Disposition, antisemitische Haltung zu entwickeln, statistisch gesehen abhängig vom sozialen Status und der Familiengeschichte sei. Er verweist darauf, dass viele der Präventionskonzepte von ihrem historischen Ansatz her für bildungsnahe Schichten entwickelt wurden. Deshalb erachte er es als für seine Arbeit wichtig, bei den Angeboten an der Biografie der Jugendlichen, den eigenen Diskriminierungserfahrungen anzuknüpfen. Die Angebote vom MBZ umfassen drei Module: Modul 1 hat die interreligiöse Bildung zum Ziel, Modul 2 befasst sich mit den Lebenswelterfahrungen der Teilnehmenden und der interreligiösen Kooperation. Das 3. Modul thematisiert die eigenen Diskriminierungserfahrungen und nutzt diese als Muster, um sich dem Thema Antisemitismus zu nähern.

Frau Gabriele Rohmann (Modellprojekt New Faces) stellt den medienpädagogischen, jugendkulturellen Ansatz des Projekts „New Faces“ vor, der Szene, Musik, Mode und Lifestyle mit politischer Bildung verbindet. In Workshops, die von jungen Israelis geleitet werden, ergeben sich durch gemeinsame Arbeit und Begeisterung Begegnungen, die die Bereitschaft fördern, sich über die erlebten Diskriminierungserfahrungen auszutauschen und sich damit auseinanderzusetzen.

Frau Sanem Kleff (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) betont die Wichtigkeit, bei der Arbeit mit Schulen nicht nur die Schüler/innen im Blickfeld zu haben, sondern auch die Kollegien. Die Kompetenzen der Kooperationspartner sollten genutzt und mit den Wünschen der Schulen zueinander gebracht werden. Dabei sollen langfristige, dauerhafte Strukturen geschaffen und somit die Entwicklung eines veränderten Schulprofils erzielt werden. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit sei eben auch an Schulen anzutreffen. Der Antisemitismus sei dabei am schwersten aufzubrechen. Im Fokus stehe immer auch der Blick auf Kolleg/innen und Erzieher/innen, die Diversität auch „ertragen können“ müssten und ihr gegenüber eine positive Haltung einnehmen, die Empathiefähigkeit besitzten und diese an die Kinder und Jugendlichen weitervermitteln. Je früher mit der Wertevermittlung begonnen werde, je besser. Frau Kleff hält einen multidimensionalen Präventionsansatz für am wirkungsvollsten. Sie sieht im Islamismus die Wurzel eines steigenden Antisemitismus, dem es gilt entgegen zu wirken.

Herr Levi Salomon (Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus) gliedert den Arbeitsansatz des Jüdischen Forums für Demokratie und Antisemitismus in Monitoring, Opferberatung und Entwicklung von Konzepten und Handlungsstrategien. Er nennt zwei Folgerungen, die er aus seinen bisherigen Erfahrungen ziehen konnte: Erstens bestehe zu wenig Kontakt und Begegnung zwischen Juden und Nicht-Juden. Juden seien nicht sichtbar und würden auch nicht gesehen. Zweitens sollten interreligiöse Projekte gestärkt werden, denn sie würden eine unglaubliche Kraft entwickeln, und weniger der Antisemitismus bekämpft werden. Herr Salomon meint, es sei unmöglich, Antisemitismus zu bekämpfen, denn es gebe ihn seit schließlich fast 2000 Jahren. Sein Präventionsansatz laute: In die Schulen gehen, dort gemeinsame Projekte durchführen und politische Bildungsarbeit mit künstlerischem Arbeiten verbinden.

Herr Seidel fasst die bisher genannten Gemeinsamkeiten der vorgestellten Ansätze zusammen und benennt an dieser Stelle interreligiöse Projekte, kreative kunstpädagogische Ansätze mit Jugendlichen mit Diskriminierungserfahrungen und einen multidimensionalen Präventionsansatz an Schulen.

Herr Ayca Demirel (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus KlgA) berichtet, dass er und seine Mitarbeiter/innen seit zehn Jahren antisemitische Strömungen an Schulen aufgriffen. Er selbst halte von sogenannten Projekttagen an Schulen wenig, denn sie seien nicht effektiv. Es sei unerlässlich, das Thema über einen längeren Zeitraum auszuweiten. So habe man gute Erfahrungen bei zwei Projekten zur Islamismusprävention gemacht, die in 9./10. Klassen über zwei Jahre hinweg pro Themeneinheit in vier bis fünf Schulstunden durchgeführt wurden. Die einzelnen Blöcke, zu denen jeweils externe Akteure bewusst als Vorbilder in die Schule hineingeholt wurden, umfassten Themen wie Jüdisches Leben in Berlin, Besuch des Jüdischen Museums, YUMA e.V., GLADT e.V. schwule Muslime, Geschlechtergerechtigkeit. Verfolgt wird der Peer-Education-Ansatz, so sollen geschulte und gestärkte Jugendliche als Multiplikator/innen und Vorbilder fungieren und u.a. auch in die Moscheen gehen.

Herr Seidel wirft ein, dass der Nahostkonflikt unbedingt besprochen werden müsse, denn in keiner anderen Stadt in Deutschland gäbe es so viele Nahostflüchtlinge wie in Berlin.

Frau Bianca Klose (Verein für demokratische Kultur e.V.) beschreibt die beiden Ansätze, mit denen methodisch das Thema Antisemitismus bearbeitet wird. So werde ein konkreter Vorfall, z.B. in einer Kita oder einer Schule, gerne zum Anlass genommen, gemeinsam mit Eltern, Erzieher/innen und Lehrer/innen an einem menschenrechtsorientierten Leitbild zu arbeiten. Nach dem Motto „Wahrnehmen – Deuten – Handeln“ soll auch Handlungssicherheit hergestellt werden. Ein weiterer Ansatz sei, den Blick auf Referendar/innen zu richten und sie für das Thema zu sensibilisieren und für den Umgang damit zu befähigen. Zurzeit würden in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport 120 Referendar/innen darin geschult.

Herr Benjamin Steinitz (Verein für demokratische Kultur e.V.) fügt hinzu, dass die Grundlage pädagogischer Handlungskonzepte eine genaue Erfassung der antisemitischen Gewaltvorfälle benötige, weshalb man auch mit ReachOut kooperiere. Bei zivilgesellschaftlichen Anlaufstellen würden wenig antisemitische Vorfälle gemeldet. Man wolle deshalb Jüdische Synagogenvereine bzgl. der Opfererfahrungen kontaktieren. Eine EU-Studie besage, dass 76% aller Betroffenen keine Anzeige gestellt hätten. (*ReachOut, die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und die Berliner Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle recherchieren, dokumentieren und analysieren Angriffe und andere Vorfälle mit rassistischem, antisemitischem, homophobem und rechtsextremem Hintergrund in Berlin. Anm. der Protokollantin*)

Herr Chung (Mobiles Beratungszentrum Ostkreuz, Stiftung SPI) gibt zu bedenken, dass der Blick im Verlauf der Runde bislang sehr stark auf Jugendliche gerichtet gewesen sei. Er fände es aber sehr wichtig, die Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen miteinzubeziehen. Seine Idee sei es, mit den Institutionen an den Wahrnehmungs- und Deutungsmustern zu arbeiten.

Herr Ibrahim Mohamed (Violence Prevention Network e.V./ Maxime Wedding), ein gebürtiger Palästinenser, stellt sich und seinen Kollegen Shemi Shabat, geboren in Israel, vor, mit dem er als Tandempartner in Schulen geht.

Herr Shemi Shabat (Violence Prevention Network e.V./ Maxime Wedding) berichtet von den Erfahrungen in Schulen. Das Thema Judentum sei bei muslimischen Jugendlichen immer problematisch. Man habe deshalb ein Unterrichtsprojekt zum Nahostkonflikt entwickelt, dessen Zielgruppe Jugendliche mit muslimischem Hintergrund seien. Dass Ibrahim Mohamed als Palästinenser und er als Israeli gemeinsam auftreten, sei für die Glaubwürdigkeit und die Bereitschaft der Jugendlichen, sich mit ihnen und dem Thema auseinanderzusetzen, enorm wichtig. Das Projekt setze bei den eigenen Erfahrungen, auch Kriegserfahrungen, der Jugendlichen an und stelle konkrete Fragen wie z.B. „Wie sieht ein Araber, wie sieht ein Jude aus?“

Herr Mohamed betont, wie wichtig es sei, wer von beiden was sagt. Wenn er als Palästinenser über die Geschichte der Juden und die Pogrome berichten würde, wären die Jugendlichen viel eher bereit in Interaktion zu treten. Er und Shemi sei jedoch klar, dass sie durch ihre gemeinsame Arbeit nicht die Welt retten könnten, aber sie möchten eine Sensibilisierung der Jugendlichen erreichen.

Herr Daniel Alter (Jüdische Gemeinde zu Berlin) erzählt von seinem Tandemprojekt „Meet to respect“ für Schulen mit höherem Anteil muslimischer, arabischer Schüler, die er gemeinsam mit einem Imam besucht. Er hält drei Aspekte bei seiner Arbeit für wichtig: die Thematisierung eigener Diskriminierungserfahrung durch die Schüler/innen, die gemeinsame Gestaltung eines interreligiösen Dialogs mit dem Imam und die Herstellung von Nachhaltigkeit durch das Durchführen mehrerer Veranstaltungen oder Treffen, u.a. auch Besuche einer Synagoge und einer Moschee.

Herr Dr. Dr. Peter Ullrich (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin) möchte gern das Gemeinsame des bisher Vorgestellten hervorheben, äußert sich aber eher skeptisch zu der Annahme, dass sich durch interreligiöse Begegnungen eine antisemitische Haltung verändern würde. Es gäbe Erscheinungsformen des Antisemitismus, die dadurch nicht erfasst würden, wie z.B. die Verschwörungstheorie. Eine Intervention gegen Antisemitismus sei wenig erfolgsversprechend, eher sei die Arbeit für die Demokratie die eigentliche Arbeit gegen Antisemitismus. Er sieht eine Gefahr von Opferkonkurrenz bei Personen, die von Rassismus betroffen sind, und er hält die Verbindung mit dem Nahostkonflikt sogar für gefährlich, weil Judentum und Israelis zusammengeworfen würden. Er stimmt jedoch zu, dass in dem lebensweltlich orientierten Zugang der wirkungsvollere Weg liege, als in der kognitiven Schulung.

Herr Dr. Olaf Farschid (Senatsverwaltung für Inneres, Verfassungsschutz) fügt hinzu, dass es bei der Thematisierung des Nahostkonflikts auf die Form der Kontextualisierung ankomme, d.h. aus welcher Perspektive darauf geschaut würde. Er möchte von den anwesenden Akteur/innen wissen, wie sie an die Leute herankommen, z. B. an Palästinenser.

Herr Seidel wendet sich direkt an die Polizeivizepräsidentin, Frau Margarete Koppers, und fragt nach, ob die Arbeit der NGOs bei der Arbeit der Polizei helfe.

Frau Margarete Koppers (Polizeivizepräsidentin) betont, dass man eng mit den NGOs zusammenarbeite, auch wenn es Differenzen in den Ansichten gäbe. Die Polizei wisse um ihre Verantwortung und verfüge über eine große Bildungseinrichtung, bei der die NGOs in die Fort- und Weiterbildung einbezogen würden.

Herr Seidel bezieht den Leiter des Verfassungsschutzes, Herrn Palenda, mit der Frage ein, ob es sich mit den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes decke, dass hauptsächlich die muslimischen Jugendlichen die „Troublemaker“ seien.

Herr Bernd Palenda (Leiter Verfassungsschutz) findet, das sei zu kurz gegriffen, denn der Rechtsextremismus spiele eine zentrale Rolle. Antisemitismus sei eben vielschichtiger und dürfe nicht nur aus der Ecke des Islamismus heraus betrachtet werden. Es spielten viele verschiedene ausgrenzende Ideologien eine Rolle. Eine Zusammenarbeit mit den NGOs bestünde, man lerne deren Arbeit aus und nutze sie z.B. auch für Schulungen im Rahmen von Aus- und Fortbildung von Mitarbeiter/innen. Die NGOs arbeiteten eher im präventiven Bereich, wohingegen der Verfassungsschutz erst agiere, wenn es „zu spät“ sei.

Herr Seidel wendet sich nun an die Vertreter der Wissenschaft und fragt, ob die Facetten nun hinreichend beschrieben seien oder ob noch Aspekte fehlten.

Herr Dr. Michael Kohlstruck (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin) betont, dass man sich auf folgende Bereiche fokussiert habe: Prävention und Delikte, wobei der Blick sich vornehmlich auf die Jugendlichen richte und das würde durch die derzeitige Studie des Zentrums für Antisemitismusforschung im Auftrag der Landeskommision Berlin gegen Gewalt bestätigt. Er spricht von einer konzentrierten, systematischen Aufmerksamkeitsverschiebung auf Jugendliche, obwohl Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft herauskäme. Für die öffentliche Diskussion würden eher „kleine“ Bereiche genommen, weil man denke, dort wäre noch etwas zu verändern. Die „harten“ Varianten, wie die ideologischen Theorien, stünden weniger im Fokus.

Herr Seidel erklärt, wie sich das Handeln von NGOs und Staat unterscheide. Die nicht-staatlichen Organisationen seien jung und in der Regel zeitlich kurzfristig angelegt, wohingegen die Politik eher langfristig und in gefestigten Strukturen handle. Er fragt die anwesenden Vertreter/innen aus der Verwaltung und Politik gezielt, wie sie zu dem Gesagten stünden.

Frau Staatssekretärin Sigrid Klebba (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft) sieht NGOs und die staatliche Seite eng miteinander verbunden. Der Staat müsse eben andere Prioritäten setzen, wie z.B. den Schutz der demokratischen Grundordnung. Aber er fördere Projekte mit Finanzmitteln und verlange dafür im Gegenzug, dass er die Arbeit der NGOs auch in Anspruch nehmen kann. Die Sichtweise der Senatsverwaltung für Bildung sei, dass ein frühzeitiger Beginn in den Kitas mit vorurteilsbewusster Erziehung und der Arbeit an Ausgrenzungsmechanismen nötig sei, um eine innere Haltung dazu zu entwickeln und später mit Konflikten umgehen zu können. Wichtig sei hierbei die Frage, wie weit Institutionen mit ihren Erzieher/innen und Lehrer/innen in der Lage seien, langfristig eine vorurteilsbewusste Haltung implementieren zu können. Wissen sei nützlich, aber die innere Haltung sei wichtiger. Hierin liege eine Aufgabe für die Fort- und Weiterbildung. Aber allein der Titel eines diesbezüglichen Fortbildungsangebots bilde schon eine Barriere, weil man nicht als rassistisch oder antisemitisch gelten möchte, wenn man daran teilnehme. Das Thema Antisemitismus würde häufig wie ein persönlicher Vorwurf wahrgenommen.

Frau Staatssekretärin Barbara Loth (Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen) unterstützt den Beitrag von Frau Staatssekretärin Klebba. Sie erklärt, dass ihr Bereich anders aufgebaut sei. Die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) bilde das Dach gegen Diskriminierung, arbeite aber auch präventiv dagegen. Sie habe den staatlichen Auftrag, mit NGOs zusammenzuarbeiten. Frau Loth verweist auf das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und den Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung. Der erste Schritt in Richtung Institutionalisierung sei damit schon getan, betont sie. Was ihr im Verlauf des Dialogs noch fehle, sei der Begriff „Empowerment“.

Herr Staatssekretär Andreas Statzkowski (Senatsverwaltung für Inneres und Sport und Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt) bezeichnet den Bereich Sport als den Ort, wo Menschen unterschiedlichster Nationen und Kulturen sich treffen, wo Emotionen stets eine große Rolle spielen, der aber auch als Kooperationspartner und Netzwerker fungiert. Im Sport sei Vieles selbstorganisiert; so verweist Herr Statzkowski auf die bereits mehrfach stattgefundenen „interreligiösen“ Fußballturniere zwischen evangelischen Pfarrern und Imamen hin. Das Leitbild des Landessportbunds Berlin bekenne sich ganz klar zum respektvollen, toleranten und fairen Umgang miteinander und gerade letzte Woche hätten Vertreter/innen von Politik und Wirtschaft, von Religions- und Glaubensgemeinschaften, von Wissenschaft, Forschung und Kultur, von Verbänden und Gewerkschaften sowie des Sports die Berliner Sporterklärung auf den Weg gebracht, worin es um die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund, mit Behinderungen, aus verschiedenen Altersgruppen geht und darum, vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen denselben Zugang zu Sport zu ermöglichen. Antisemitismus und Rassismus hätten keinen Platz im Sport, Integration und Inklusion hingegen sollten gefördert werden. Selbst die Neufassung der Sportanlagennutzungsverordnung enthalte Hinweise zu Rassismus.

Frau Ute Violet (Leiterin der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt) fügt noch hinzu, dass die Landeskommision seit Jahren das Projekt „Fairplay im Fußball – Gemeinsam gegen Rassismus und Gewalt“ gefördert habe und nun das Projekt „Diversity und Vielfalt“ im Amateurfußball des Berliner Fußballverbands fördere. Aus einer Studie zur Entwicklung von bezirklichen lokalen Aktionsplänen für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus habe sich ergeben, dass in den Vereinen rassistische Haltungen teils bis in die Vereinsspitzen verbreitet seien. Ebenfalls unterstütze die Landeskommision die Arbeit des LSVD im Bereich Vielfalt im Fußball.

Frau Monika Herrmann (Bezirksbürgermeisterin in Friedrichshain-Kreuzberg) sieht wenig Grund zu feiern, sondern schätzt die Lage so ein, als befänden wir uns eher in einem „Rollback“. Sie sei zwar dankbar für jedes Projekt, als Gesamtbild ergebe sich jedoch eher der Eindruck eines Patchworks, als der eines gestalteten Mosaiks. Es gäbe Förder-

programme, die allerdings auslaufen, und wir seien noch weit entfernt von einem durchgängigen, vernetzten Konzept. Der Grundsatz in der pädagogischen Arbeit müsse „frühes Handeln“ sein, als Beispiel führt sie den Ansatz der Fachstelle „Kinderwelten“ an. Sie dankt Frau Klebba für ihren Beitrag, dass es eben nicht nur eine Frage von Workshop-Angeboten sei, sondern dass es sich stärker um die Haltungsfrage drehen müsste. Der institutionelle Rassismus und Antisemitismus sei weit verbreitet. Frau Herrmann nennt eine Zeitspanne von mindestens drei Jahren, die es bräuchte, um in einer Kita einen Haltungsänderungsprozess verzeichnen zu können. Nach wie vor sei Ungleichwertigkeitsdenken das grundlegende Prinzip. Sie betont die Wichtigkeit, dass die Arbeit an der Haltung Bestandteil in der Erzieher/innenausbildung und im Referendariat werden sollte, denn in ihrer Vorbildfunktion seien die Haltungen Lehrer/innen für Schüler/innen von besonderer Wichtigkeit. Schließlich müsse sich aber auch die Zivilgesellschaft bezüglich gewisser Bücher positionieren. Im Übrigen sei der Nahostkonflikt selbstverständlich auch in Berlin präsent, da viele Familienmitglieder eben doch noch im Nahen Osten wohnten.

Herr Seidel leitet nun zum zweiten Teil des Dialogs über, in dem es darum geht, Handlungsbedarfe und Notwendigkeiten zu benennen. Er betont ausdrücklich, dass es sich nicht um Wunscherfüllung drehe und dass der Aspekt des chronischen Geldmangels allen bekannt sei und deshalb auch die Forderung nach Projektförderung an die Institutionen nicht erwähnt werden müsse.

Herr Chung möchte, dass das bereits Erreichte Anerkennung finde und der Blick sich nicht immer nur auf das „halbvolle Glas“ richte. Er nimmt als Beispiel die Deutsche Fußballnationalmannschaft und meint, dass diese Zusammensetzung in den 70er Jahren noch undenkbar gewesen sei. Man könne auch Kraft aus dem Stolz über das Erreichte ziehen.

Frau Kleff stimmt Herrn Chung zu. Sie wolle nicht gegen das Gefühl von Fr. Herrmann sprechen, sie wisse auch, dass das Erreichte schnell wieder kippen kann. Aber dass wir heute ein Antidiskriminierungsgesetz hätten, dafür habe man doch gekämpft. Die NGOs sollten ihre Empfehlungen in die Regelsysteme einbringen. Sie sollten so arbeiten können, dass die Polizei und der Verfassungsschutz weniger mit den Jugendlichen zu tun haben. Prävention müsse ein größeres Gewicht bekommen. Respekt gegenüber dem, mit dem man arbeite, sei eigentlich die Grundlage und die Vermittlung dessen sollte fester, verbindlicher Bestandteil von der Ausbildung für Erzieher/innen und Lehrer/innen werden.

Herr Seidel bittet den Opferbeauftragten des Landes Berlin, Herrn Roland Weber, darüber Auskunft zu geben, wie sich sein Amt entwickelt habe.

Herr Roland Weber (Opferbeauftragter des Landes Berlin) berichtet, dass es bundesweit ca. 1400 Organisationen und Einrichtungen gebe, die sich um Opfer kümmerten. Geld spiele selbstverständlich wie immer eine wichtige Rolle. Ca. 2/3 würden staatlich finanziert werden. Mehrheitlich verfügten die NGOs über weniger als 10 Mitarbeiter/innen. Die Stellen erführen immer größeren Zulauf und hätten demgemäß auch immer mehr Arbeit. Dazu käme, dass alle paar Jahre wieder neue Anträge zur Finanzierung gestellt werden müssten. Herr Weber findet, ein guter Opferschutz sei eine hervorragende Prävention. Es gelte, das Erreichte zu halten und weiterzuentwickeln.

Herr Dr. Dr. Ulrich fasst das aus seiner Sicht Wesentliche zusammen: Die Wahrnehmungen über Antisemitismus gingen hochgradig auseinander. Man wüsste eigentlich viel zu wenig Gesichertes, weder über die Tätergruppen noch verfüge man über gesicherte Zahlen aus der Polizeistatistik oder den Opferschutzorganisationen. So entstünden eher Spekulationen. Des Weiteren kommt er zu dem Schluss, dass die Situation in Berlin durch das Landesprogramm zwar verlässlich, aber der Sektor der prekären Beschäftigung bei den NGOs groß sei. Und so stelle sich ihm die Frage, ob sich eine Stadt wie Berlin Olympische Spiele leisten solle.

Herr Statzkowski zeigt sich davon überzeugt, dass Berlin die Rolle einer Welt offenen, liberalen Stadt inne hätte, die sich jung und dynamisch darstelle. Mit all den Gästen und Sportler/innen aus anderen Ländern durch Olympia würde die Stadt nur gewinnen. Olympische Spiele könnten einen nicht unerheblichen Beitrag dafür leisten, dass menschliche Begegnungen stattfänden.

Herr Dr. Kohlstruck und *Herr Dr. Dr. Ullrich* kündigen die Veröffentlichung ihrer neuen Studie über Erscheinungsformen des Antisemitismus und Intervention in Berlin zum Ende des Jahres an.

Herr Statzkowski verabschiedet die Dialoggäste und fordert sie zu einem weiteren, angeregten Austausch bei einem kleinen Imbiss auf.